MICHAEL FAHLBUSCH, *Politische Beratung in der NS-Volkstumspolitik : Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft Wien*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento» (ISSN: 0392-0011), 27 (2001), pp. 467-492.

Url: https://heyjoe.fbk.eu/index.php/anisig

Questo articolo è stato digitalizzato dal progetto ASTRA - *Archivio della storiografia trentina*, grazie al finanziamento della Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA è un progetto della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Istituto Storico Italo-Germanico, Museo Storico Italiano della Guerra (Rovereto), e Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA rende disponibili le versioni elettroniche delle maggiori riviste storiche del Trentino, all'interno del portale HeyJoe - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access*.

This article has been digitised within the project ASTRA - *Archivio della storiografia trentina* through the generous support of Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA is a Bruno Kessler Foundation Library project, run jointly with Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Italian-German Historical Institute, the Italian War History Museum (Rovereto), and Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA aims to make the most important journals of (and on) the Trentino area available in a free-to-access online space on the HeyJoe - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access* platform.

con il contributo di FONDAZIONE CARITRO CASSA DI RISPARMIO DI TRENTO E ROVERETO

FONDAZIONE BRUNO KESSLER
BIBLIOTECA

HEYJOE

Nota copyright

Tutto il materiale contenuto nel sito HeyJoe, compreso il presente PDF, è rilasciato sotto licenza Creative Commons Attribuzione–Non commerciale–Non opere derivate 4.0 Internazionale. Pertanto è possibile liberamente scaricare, stampare, fotocopiare e distribuire questo articolo e gli altri presenti nel sito, purché si attribuisca in maniera corretta la paternità dell'opera, non la si utilizzi per fini commerciali e non la si trasformi o modifichi.

Copyright notice

All materials on the HeyJoe website, including the present PDF file, are made available under a Creative Commons Attribution–NonCommercial–NoDerivatives 4.0 International License. You are free to download, print, copy, and share this file and any other on this website, as long as you give appropriate credit. You may not use this material for commercial purposes. If you remix, transform, or build upon the material, you may not distribute the modified material.

con il contributo di
FONDAZIONE CARITRO
CASSA DI RISPARMIO DI TRENTO E ROVERETO

Politische Beratung in der NS-Volkstumspolitik: Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft Wien

von *Michael Fahlbusch*

1. *«Volkstums»-Politik und «Volkstums»-Forschung*

Nach dem I. Weltkrieg hatte das Deutsche Reich ein Siebtel seiner Fläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung verloren. Die revisionistischen Kräfte betrieben «den Volkstumskampf im Osten und Westen» und die Geschichte baute als «kämpfende Wissenschaft» ihr Arsenal an Argumentationshilfen für eine Neuordnung in Mitteleuropa «bis zu einer Linie zwischen Reval und Bukarest» zügig aus. Die Volksgeschichte und der Volksbegriff in der Weimarer Republik waren nicht von vorneherein in ihrem ausschließlich biologistisch-rassischen Sinne zu verstehen, weil sie an kulturellen bzw. zivilisatorischen Kriterien orientiert waren. Der kulturell-zivilisatorische Aspekt war von Anbeginn in der Volksgeschichtsschreibung nur vorgeschoben, um die eigentlichen Ziele des politischen Revisionismus und der Grenzkorrekturen zu legitimieren.

Die Volkstumspolitik der Weimarer Zeit, die sich einsetzte für eine Rückgewinnung der ehemals 'deutschen' oder genauer: unter deutscher Herrschaft stehenden Gebiete, und später gar des gesamten deutschen «Volks- und Kulturbodens», ist ebenso 'kämpferisch' wie ihr Ableger. Dieser neue Ableger war die in Forschungsgemeinschaften, Publikationsstellen und anderen Einrichtungen institutionalisierte Volkstumsforschung der NS-Zeit. Das Ziel vor und nach 1933 blieb unverändert eine «Neuordnung des europäischen Raumes», welche «die politisch unreifen Völker Europas» im Rahmen einer universalen Reichsidee wieder unter deutsche Führung bringen würde[1]. So wurden in der Volksgeschichte bereits vor 1933 rassistische Überlegungen u.a. durch Otto Reche, Walter Kuhn und Kurt Lück

[1] T. Schieder zitiert in W. MOMMSEN, *Vom Volkstumskampf zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im Osten. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus*, in W. SCHULZE - G. OEXLE (edd), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999, S. 187 f.

angestellt. Insofern die Postulierung der kulturellen und zivilisatorischen Überlegenheit des deutschen Volkes im Vergleich zu seinen osteuropäischen Nachbarvölkern (Polen, Tschechen, Slawen insgesamt) als das Paradigma des Kulturbringertums, als Rassismus gedeutet wurde, kann man von «Kulturrassismus» oder «Kulturimperialismus» sprechen.

Die neueren Forschungen über die personellen und institutionellen Netzwerke im Dritten Reich legen nahe, daß es unverkennbare Kontinuitätslinien zwischen der Volksgeschichte der Weimarer Zeit und der Geschichtswissenschaft und der Volkstumspolitik im Nationalsozialismus gibt, die auf einen intensiven Austausch zwischen völkischen und nationalsozialistischen Wesenszügen verweisen. Die erstaunlich nahtlose politische und ideologische Kontinuität von Volksgeschichte und Volkstumsforschung veranschaulicht auch, daß beide Phasen auf intentioneller Ebene nicht erst des Nationalsozialismus bedurften, um rassistische Zielvorstellungen zu entwickeln[2].

Die «Volkstums»-Forschung spielte auf dem Sektor der nationalsozialistischen «Volkstums»-Politik eine Schlüsselrolle. Die «Volkstums»-Politik war ein wichtiger Bereich der deutschen Auswärtigen Politik und füllte sowohl einen kulturpolitischen, als auch einen bevölkerungspolitischen Auftrag aus. Sie zielte auf die Separierung einzelner Bevölkerungsgruppen in den besetzten Staaten nach ethnischen, politischen und sozioökonomischen Gesichtspunkten. Dabei sollten jene ethnischen Minderheiten aus den okkupierten Gebieten ausgesondert werden, die bereits durch die Nürnberger Gesetze ausgegrenzt wurden oder die aus strategischen Gründen nicht zu «germanisieren» waren. Gleichzeitig konzentrierte sich die Volkstumspolitik auf die Sondierung der ethnischen «Volksdeutschen» und der kulturellen Einordnung der sogenannten «Zwischenvölker», also der Sorben (Wenden) in der Lausitz, der Schlonsaken, der Masuren, der Windischen oder der sogenannten «Wasserpolen» in Oberschlesien zum Zweck ihrer Eingliederung in den «deutschen Lebensraum».

[2] Das internationale Kartell des Schweigens über die Abstinenz deutscher Historiker im Nationalsozialismus scheint nunmehr seit den vergangenen beiden Historikertagen in Frankfurt und Aachen gebrochen. Zu den weiteren Ausführungen vgl. auch M. FAHLBUSCH, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften von 1931-1945*, Baden-Baden 1999. Vgl. auch meine Beiträge in der Mailing Liste Humanities – Sozial- und Kulturgeschichte http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de und in «Universitas», 53, 1998, 629, S. 1042-1051; sowie *Die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft: Politische Beratung und NS-Volkstumspolitik*, in W. SCHULZE - G. OEXLE (edd), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1999, S. 241-264.

Um das Ziel der Segregation der Bevölkerungsgruppen in den besetzten Staaten zu erreichen, wurde die «Volkstumspolitik» wissenschaftlich durch zahlreiche Forschungsverbünde und hoch spezialisierte wissenschaftliche Einrichtungen beraten. Ihre Tätigkeit konzentrierte sich dabei auf zwei Bereiche: Einerseits lieferten die beteiligten Wissenschaftler der kultur- und politikwissenschaftlichen Teildisziplinen die landeskundlichen Basisdaten zur Begründung bzw. Falsifizierung von Gebietsansprüchen, welche für die ethnische Segregation der einzelnen Bevölkerungsgruppen in den besetzten Gebieten benötigt wurden; andererseits waren sie als Berater der Nachrichtendienste der SS und der Wehrmacht oder in anderen kulturpolitischen Einrichtungen der deutschen Zivil- und Militärverwaltung in den besetzten Gebieten tätig.

2. *Der Brain-Trust*

Wie sah die Organisationsstruktur dieses Brain-Trusts aus? Der Beraterstab der «Volkstums»-Politik setzte sich aus den sechs regional getrennten Forschungsverbünden und -instituten der sogenannten «Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften» zusammen. Es handelte sich hierbei um eine Großforschungseinrichtung bisher völlig unterschätzten Ausmaßes mit etwa 1.000 Beteiligten. Aufgrund der auf die Problemfelder der jeweiligen deutschen Anrainerstaaten begrenzten Themen war dieser Brain-Trust weder für außenstehende Wissenschaftler noch für die Nachrichtendienste der Alliierten zu verorten. Er stellte sowohl für das Auswärtige Amt (AA), das Ostministerium und das Reichsministerium des Inneren (RMdI), für Himmlers Planungsbürokratie (RKFDV) als auch für die sogenannten volksdeutschen Verbände, wozu die Führung des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) und der Bund Deutscher Osten gehörten, Informationsmaterial bereit. Dabei kam es zu einer interdisziplinären und projektorientierten Kooperation zwischen Kulturwissenschaftlern.

Jede dieser sechs Forschungsgemeinschaften verfügte über eine Geschäftsstelle – die sogenannte «Publikationsstelle» (P-Stelle). Dort wurden die regionalen Arbeiten zentral organisiert und angeleitet. Darüber hinaus wurden nach der Besetzung Europas in den jeweiligen Staaten Filialen eingerichtet. Für die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG) waren dies – neben Prag – die Sitze der jeweiligen Führungen der deutschen Minderheiten in den südosteuropäischen Staaten in Preßburg, Budapest, Neusatz, Belgrad und Hermannstadt; hinzu kamen die Südostinstitute in München und Graz. Das Arbeitsgebiet der SODFG umfaßte die Nachfol-

gestaaten der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. 1941 wurde dieses auf den gesamten Balkan und im Rußlandfeldzug schließlich von Transnistrien bis zum Kaukasus ausgedehnt. In Kooperation mit der AFG wurde das slowenisch-kärntnerische Grenzgebiet bearbeitet. Zwischen der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft (NOFG) und der SODFG wurde die Tschechoslowakei arbeitsmäßig aufgeteilt; die Slowakei wurde durch die SODFG betreut. Böhmen und Mähren unterstanden später der Reinhard Heydrich-Stiftung unter Leitung Hans Joachim Beyers[3].

Neben der regionalen Gliederung existierte auch eine funktionale Organisationsstruktur dieses Großforschungsbetriebes. Die zentrale strategische Führung wurde durch den Vorstand der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften übernommen. Dieser setzte sich sowohl aus den Leitern der sechs Forschungsgemeinschaften und der Publikationsstellen als auch aus den zuständigen Referenten des RMdI und des AA zusammen. Der Einfluß der SS wurde ab 1937 durch Vertreter der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi) und ab 1943 direkt durch die Abteilungen III B und VI G des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) gewährleistet.

Die gesamten Personal- und Fixkosten der SODFG trugen der österreichische Staat und die deutsch-österreichische Wissenschaftshilfe. Deshalb ist es beachtlich, daß die SODFG immerhin rund 20% des Gesamtetats der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG), etwa 1,2 Mio. RM, erhielt. Die zentrale Bedeutung der SODFG wird auch durch ihren personellen Ausbau seit 1939 um über 30 Mitarbeiter deutlich.

3. *Das Arbeitsfeld*

Warum ausgerechnet in Österreich ein deutscher Forschungsverbund aufgebaut wurde, der bei der Unterwanderung und Auflösung dieses Staates eine bedeutende Rolle spielte, bedarf einer Erläuterung. Nach dem Ersten Weltkrieg verfolgten die nationalen Gruppierungen Österreichs das Ziel einer großdeutschen Lösung. «Großdeutsch» bedeutete noch nicht unbedingt Expansion, sondern zuerst einmal Anschluß an das Deutsche Reich. Mit dem Begriff verbunden war eine überparteiliche Zielsetzung, die von Sozialisten bis Deutsch-Nationalen im Deutschen Reich und in

[3] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R153/1533, Protokoll der Arbeitsausschußsitzung vom 5.7.1934 und Sitzung des Vorstandes vom 11.5.1934, S. 4. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PAAA), Kult VI A 2-SODFG Bd. 1, W. Krallert/Goeken vom 18.8.1938, Bl. E61238 f.

Österreich gleichermaßen geteilt wurde. Die großdeutsche Orientierung drückte zumeist die geistige Verbundenheit von Sitte und Brauchtum aus, die bei den Deutschen besonders ausgeprägt sei. Verstanden wurde darunter in erster Linie, Kulturarbeit auch an den Deutschen im Ausland zu treiben. Erst im Verlaufe der 20er Jahre erhielt diese Form der Kulturarbeit eine radikale politische Wende. Sie wurde durch neue völkische Organisationen vertreten. Diese legten die alten Siegfriedenspläne neu auf, die während des Ersten Weltkrieges lanciert worden waren und eben im Begriff des «gesamtdeutschen» kulminierten. Mit der Kulturarbeit wurden nunmehr revisionistische und annexionistische Ziele verbunden.

Eine eindeutige Zuordnung dieser Ideologie in das Parteienspektrum Österreichs ist nicht ohne weiteres möglich. So wandten sich die Sozialdemokraten erst im Oktober 1933 angesichts der unheilvollen Entwicklung NS-Deutschlands von dem in ihrem Parteiprogramm verankerten Anschlußparagraphen ab. Die Folge des Aufstiegs des Nationalsozialismus im Deutschen Reich war eine Spaltung der Anschlußbewegung Österreichs, die nunmehr durch eine sich aus der Mittelschicht zusammensetzende deutschnationale Gruppe dominiert wurde. Sie setzte bedingungslos auf den Anschluß an das Deutsche Reich. Ihr Ziel war die Umsetzung der gesamtdeutschen Ideologie. Sozialdemokraten und einige Katholiken wandten sich indes gegen einen Anschluß oder wollten diesen bis zur demokratischen Entwicklung im Deutschen Reich aufschieben. Die seit 1932 amtierende Dollfuß-Regierung verfolgte hingegen den Weg einer österreichischen Unabhängigkeit. Eine Minderheit suchte schließlich die Gleichsetzung von Deutschen und Österreichern als Mißdeutung der eigenen Geschichte zu stigmatisieren. Sie bestand darauf, die Geschichte Österreichs als eigenständige nationale Geschichte wie die der Schweiz zu betrachten[4].

1930 strebte das Deutsche Reich eine neue Europapolitik an, die sich von Stresemanns seit Locarno verfolgter Politik zusehends entfernte. In bezug auf Österreich vermerkte man am 7. Juli 1930 im Auswärtigen Amt in Berlin, daß man einen engen Zusammenschluß mit Österreich wolle und

[4] Unter den Befürwortern der großdeutschen Politik, die eine gesamtdeutsche Ideologie vertraten, befanden sich H. Srbik, J. Nadler, O. Menghin, H. Steinacker und K.G. Hugelmann. Vgl. K. SCHÖNWÄLDER, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. - New York 1992, sowie W. OBERKROME, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993.

die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands zu beeinflussen suche[5].

Vor diesem Hintergrund begannen die Volkstumsforscher Österreichs, die sich aus dem deutschnationalen, jungkonservativen Spektrum zusammensetzten, mit der Gründung der SODFG in Wien und der Alpenländischen Forschungsgemeinschaft (AFG) in Innsbruck als Nachfolge der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung ihr volks- und kulturpolitisches Programm auszuarbeiten. Die Anschlußbewegung umfaßte nach 1933 gleichermaßen Deutschnationale wie auch Anhänger der NSDAP. Da der Österreichbegriff 1934 durch den Austrofaschismus ideologisch besetzt war, nahmen die Nationalsozialisten die gesamtdeutsche Idee und den Begriff «Ostmark» in Beschlag. Die NS-Lehre ging in ihrer Volkstumspropaganda so weit, eine Identität von Deutschtum und Nationalsozialismus mit dem Ziel zu postulieren, die Bildung eines «kulturellen österreichischen Eigengewächses» zu verhindern[6].

Die Annexion Österreichs 1938 trug zur Stabilisierung des totalitären Systems bei. Die Vertreter der SODFG und der AFG standen nicht etwa im Abseits oder wie andere Österreicher unter dem Zwang, sich um ihre Pfründe kümmern zu müssen. Als wohlorganisierte Kaderzelle übernahmen die Mitglieder der SODFG wichtige kulturpolitische Funktionen für den Machtaufbau des NS-Regimes in Österreich. Hans Hirsch bot umgehend an, der Partei seinen Personalstab für Schulungseinsätze und «beratende Hilfe» zur Verfügung zu stellen[7]. Die Schulungen über den Südosten und die Einsatzplanung für den «wissenschaftlichen Einsatz» der Parteiorganisationen im Grenzland und in den Sprachinseln nahmen bedeutende personelle Ressourcen der SODFG in Anspruch. Im Rahmen von allein 200 Schulungsvorträgen wurden ihre Mitarbeiter an der Universität, bei der Hitlerjugend, dem Bund deutscher Mädel, der Arbeitsgemeinschaft NS-Studentinnen sowie der Grenzland SA eingesetzt. Darüber hinaus

[5] Vgl. R. STEININGER, *Der Anschluß – Stationen auf dem Weg zum März 1938*, in T. ALBRICH u.a. (edd), *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938*, Innsbruck 1988, S. 22 f., sowie N. SCHAUSBERGER, *Der Griff nach Österreich. Der «Anschluß»*, Wien - München 1988³, S. 184-197.

[6] Hierzu besonders R. LUZA, *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit*, Wien - Köln - Graz 1977, S. 24 f., 32 ff. und 235, sowie R.R. KOERNER, *So haben sie es damals gemacht ... Die Propagandavorbereitungen zum Österreichanschluß durch das Hitlerregime 1933 bis 1938*, Wien 1958, S. 109-120 und N. SCHAUSBERGER, *Der Griff*, S. 407.

[7] PAAA, Kult VI A 2-SODFG Bd. 1, Hirsch/Phil.Fak. Universität Wien vom 19.4.1938, Bl. E61155-157.

gestalteten die Mitglieder der SODFG 14 Rundfunkbeiträge. Die gesamte Volkstumsschulungsarbeit unterstand Alfred Karasek[8]. In der hauseigenen Zeitschrift «Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung» (DALV) resümierte Otto Brunner freilich lakonisch, der charismatische Führer habe «sein österreichisches Heimatland» heim ins Reich geführt[9].

In welchem Ausmaß die Volkstumsforscher an der völkerrechtswidrigen Annexion Österreichs 1938 beteiligt waren, läßt sich nur ermitteln, wenn man sich vor Augen führt, daß propagandistisch die von den Nazis verfolgten großdeutschen Ideen und die weltanschauliche Schulung in kulturpolitischen Maßnahmen in Presse, Rundfunk, gesamtdeutscher Geschichtsschreibung, Tourismusförderung und Förderung des Antisemitismus durchgesetzt wurden. In letzter Konsequenz heißt das, daß die beiden NS-Schulungsbriefe, die in 2 Mio. Exemplaren während der Annexion von 1938 erschienen, auf das Konto der VFG gingen. Diese trugen zu einer «restlosen Anerkennung» für die bisher geleistete volksdeutsche Arbeit bei[10]. Nur so läßt sich verstehen, daß der Rektor der Universität Freiburg i.Br., Friedrich Metz, 1938 seiner Genugtuung über den Anschluß einen gesamtdeutsch gefärbten Ausdruck verlieh: «In stolzer Freude über die Heimkehr Österreichs in das Deutsche Reich grüßt die ehemalige österreichische Universität Freiburg i.Br., die nun auch unter nationalsozialistischer Führung stehende tirolische Landesuniversität Innsbruck». Sein Innsbrucker Kollege Harold Steinacker wußte die ihm zuteil werdende Ehre des alten NS-Frontkämpfers und ehemaligen Innsbrucker Kollegen

[8] PAAA, R60295, Jahresbericht der SODFG 1938/39, Bl. E63348 f. Vgl. auch AVAW 25153/1938, H. Hirsch/Phil.Fak, Universität Wien vom 19.4.1938. Der Volkskundler und Ingenieur Alfred Karasek, geboren am 22.1. 1902 in Brünn, war Mitglied der NSDAP und SS. Vgl. PAAA, Kult VI A 2-SODFG Bd. 1, K. Oberdorffer/Meynen vom 25.2.1939. Zu Karasek vgl. auch W. FIELITZ, *Das Stereotyp des wolhyniendeutschen Umsiedlers. Popularisierungen zwischen Sprachinselforschung und nationalsozialistischer Propaganda*, phil. Dissertation Marburg, 2000. Zum propagandistischen Beitrag des Wiener Rundfunks für die Vorbereitung der Volksabstimmung vgl. T. VENUS, *Von der «RAVAG» zum «Reichssender Wien»*, in E. Tálos - E. HANISCH - W. NEUGEBAUER (edd), *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*, Wien 1988, S. 301-318.

[9] O. BRUNNER, *Österreichs Weg zum Großdeutschen Reich*, in «Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung» (künftig: «DALV»), 2, 1938, S. 528.

[10] M. RÖSSLER, *«Wissenschaft und Lebensraum» geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie*, phil. Disseration Hamburg, 1990, S. 125. N. SCHAUSBERGER, *Der Griff*, S. 357. Vgl. H.A. JACOBSEN, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938*, Frankfurt a.M. 1968, S. 697 ff. und M. FAHLBUSCH, *«Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!». Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933*, Bochum 1994, S. 231 ff.

entsprechend zu würdigen[11]. An der Universität in Wien schloß der Historiker Heinrich Srbik seine Festrede anläßlich der Wiedereröffnung am 25. April mit dem Aufruf: «Ein Volk! Ein Reich! Ein Führer!»[12]. Dieses Stimmungsbild läßt sich ohne Umschweife auf die anderen Universitätsstandorte in Österreich übertragen, wo eine vergleichbare Anschlußeuphorie unter jenen Professoren bestand, die schon vor 1938 einem großdeutschen Gedanken nachhingen oder gar als subversive Parteigänger zu gelten hatten. Der Massenexodus eines Teils der Wissenschaftler aus politischen Gründen und infolge der Nürnberger Rassengesetze war einkalkuliert. Er betraf allerdings zur Hauptsache die Disziplinen Physik, Medizin, Soziologie und Volkswirtschaft[13].

Der Sachverhalt einer Irredentapolitik des Deutschen Reiches trifft in dem Sinne zu, als heute von der Phase einer «evolutionäre[n] Lösung» der geistigen Durchdringung Österreichs bis zum Anschluß 1938 gesprochen werden kann[14].

4. *Die Akteure*

Bereits im Februar 1931 trafen sich etwa 40 Volkstumswissenschaftler aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, dem Elsaß und den Benelux-Staaten, um das weitere Vorgehen in der Volkstumsforschung zu beraten. Als Themenschwerpunkte der Aussprache standen das Verhältnis von «Staat und Volkstum», «Gesellschaft und Volk» und die «großniederländische und großdeutsche Bewegung» im Vordergrund[15]. Im November 1931 teilte Hugo

[11] Friedrich Metz zitiert in M. GEHLER, *Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918-1938*, Innsbruck 1990, S. 411.

[12] H. Srbik zitiert in H. HAGSPIEL, *Die Ostmark, Österreich im Grossdeutschen Reich 1938 bis 1945*, Wien 1995, S. 170.

[13] Vgl. zum Anschluß der Universität Wien 1938, S. MEISSL, *Wiener Universität und Hochschulen*, in *Wien 1938*, Historisches Museum der Stadt Wien, Rathaus, Volkshalle, 11. März bis 30. Juni 1988 (Katalog zur Ausstellung), Wien 1988, S. 197-209. Er hebt hervor, daß einige Disziplinen bis zu über 50% ihres Lehrpersonals verloren. Andere Disziplinen, insbesondere die Kulturwissenschaften, blieben allerdings davon verschont. Zur Universität Wien vgl. auch G. HEISS u.a. (edd), *Willfährige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945*, Wien 1989.

[14] R. STEININGER, *Der Anschluß*, S. 10. Ausführlich zur NS-Politik nach dem gescheiterten Juli-Putsch N. SCHAUSBERGER, *Der Griff*, S. 309-388, hier S. 345 f. und S. 408 ff. Vgl. auch H. HAGSPIEL, *Die Ostmark*, S. 11 ff.

[15] Staatsarchiv Aarau, Akte Hektor Ammann, Ernst/Ammann vom 12.2.1931.

Hassinger dem RMdI und dem AA in Berlin sowie dem Bundesministerium für Unterricht in Wien mit, daß in Wien eine konstituierende Sitzung österreichischer, schweizerischer und deutscher Wissenschaftler am 17. Oktober mit dem Ziel stattgefunden habe, eine «Mittelstelle mit gleichem, wissenschaftlichem Programm, aber andersartiger Organisation und mit dem Sitze Berlin», ähnlich der zuvor geschlossenen Leipziger Stiftung, aufzubauen[16].

Die Leitung der im November 1931 gegründeten SODFG übernahm bis 1934 der Geograph Hugo Hassinger. Er wurde danach alternierend durch den Historiker Hans Hirsch vom Österreichischen Institut für Geschichtsforschung vertreten. Geleitet wurde die SODFG durch einen zunächst vierköpfigen Vorstand, der aus dem Vorsitzenden Hugo Hassinger, dem Volkskundler Viktor Geramb aus Graz, dem Historiker Hans Hirsch und dem deutschen Geographen Fritz Machatschek in Wien bestand.

Diesem Vorstand war ein 17-köpfiger beratender Arbeitsausschuß beigeordnet, der über die im Gang befindlichen Arbeiten entschied und dem Vorstand neue Projekte zur Förderung empfahl. Innerhalb der Leitung der SODFG existierte ferner seit 1934 eine Arbeitsteilung über die Tschechoslowakei, die weitestgehend mit der NOFG abgestimmt war: Hans Hirsch bearbeitete die historischen Aspekte und das Sudetenland, Fritz Machatschek die geographischen, Josef Nadler die germanistischen, Arthur Haberlandt die volkskundlichen, Karl Maria Swoboda in Prag die kunsthistorischen und Oswald Menghin die archäologischen Sachgebiete.

Der Geopolitiker Karl Haushofer schrieb dem südostdeutschen Forschungsverbund folgende Aufgaben zu: Die historisch-geographische Erforschung Südosteuropas diente dem Ziel, den deutschen kulturpolitischen Einfluß historisch in den Ländern bis zur Donaumündung nachzuweisen. Dabei sollten die gegenwärtigen sozioökonomischen und ethnographischen Strukturen erforscht und für die entsprechenden Interessengruppen im Bereich der Verwaltung, der volksdeutschen Verbände und der NSDAP informell aufbereitet werden. Die gesammelten Informationen sollten für propagandistische Zwecke genutzt werden, damit der «Südosten in den Gesichtskreis der Deutschen» gerückt werden könne. Auf mittlere Sicht war der Glauben an eine «Idee der Mitteleuropäischen Raumzusammengehörigkeit» zu erzeugen[17]. Mit diesem Programm konnte Haushofer, der gleichermaßen

[16] PAAA, Kult VI A 2 Volzstift. Bd. 5, Abschrift Hassinger/RMdI vom 10.11.1931.

[17] Bundesarchiv Potsdam (künftig: BAP), Film Nr. 3289, NL Karl Haushofer, Das Münchner Südost-Institut o.D. Vgl. auch PAAA, Kult VI A, 2-FOG Bd. 9, F. Machatschek/F. Stieve AA vom 11.3.1937, Bl. E62593-607.

als Vordenker der Geopolitik und als volkstumspolitischer Berater der NSDAP-Führung die Leitung im Volksdeutschen Rat übernommen hatte, zwischen dem AA und den völkischen Wissenschaftlern in Wien und München vermitteln. Das hiermit beschriebene gesamtdeutsche Programm diente – ungeachtet der politischen Entwicklung im Deutschen Reich – sowohl der wissenschaftlich begründeten Beweisführung für einen Anschluß der österreichischen Kronländer an das Deutsche Reich, als auch der Legitimierung des imperialen deutschen Machtstrebens gegenüber den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten.

Die Volkstumsforschung wurde mit den wachsenden Spannungen unter den Nationalitäten begründet. Hier schenkten die Leiter Hans Hirsch und Hugo Hassinger insbesondere den «deutschen Volksgruppen» ihre Aufmerksamkeit, die «für die historisch gewachsenen Lebensrechte» besonders hart zu kämpfen hätten. Die südosteuropäischen Staaten seien «weniger als je zur Anerkennung zu bewegen, daß die staatliche Loyalität ihrer nationalen Minderheiten widerspruchslos vereinbar» sei mit ihrer Beharrung in «angeborener Volkheit». Damit sprachen sich die Repräsentanten der Südostforschung *de facto* für das Volksgruppenrecht aus, welches Norbert Gürke und Max Hildebert Boehm Anfang der 30er Jahre ausformulierten. Hirsch betonte die Notwendigkeit der verdeckten politischen Arbeit: Die wissenschaftliche Arbeit solle «moralische Impulse» setzen, das «Volksbewußtsein zu wecken und zu mehren bei bewußter Fernhaltung von allen politischen Bestrebungen»[18].

Diese vermeintlich historisch gewachsenen, deutschen Strukturen wurden jedoch nicht ökonomisch untersucht – wie es Karl Haushofer gefordert hatte –, sondern geographisch-historisch untermauert: «Durch natürliche Grenzen bestimmt, bildete dieser Raum [das österreichisch-mährische Grenzgebiet] früher auch auf allen entscheidenden Lebensgebieten ein nach Wien ausgerichtetes, geschlossenes Ganzes. Aufgabe mußte daher sein, die Einheit von Natur- und Kulturlandschaft über die trennenden politischen Grenzen hinweg zum Bewußtsein zu bringen und Kenntnis des deutschen Menschen und der wissenschaftlichen und kulturellen Hauptprobleme des Gebietes zu vermitteln»[19]. Auch Hassinger schloß eine ökonomische Analyse seiner Studien über die Deutschstämmigen in der Tschechoslowakei zugunsten der ethnopolitischen aus. Für ihn war die «bedrohliche Verschlechterung der politischen und kulturellen Lage» des Sudeten-

[18] BAK, R153/1533, Jahresbericht der SODFG 1934/35, S. 1 f.

[19] Vgl. BAK, R153/1533, Jahresbericht der SODFG 1934/35, S. 8 f.

deutschtums eine den jungen Staaten anzulastende Politik und Ausgangspunkt seiner volkspolitischen Aktivitäten. Die infolge des Ersten Weltkrieges hervorgerufene Lage «dieser Grenzgebiete und deutschen Außenposten» im Südosten Europas wirke als Stimulans der «Wissenschaft für die nationale Verteidigung». Sie habe das «Rüstzeug» zu erstellen, um den einzelnen «deutschen Volksgruppen» einen kulturellen Aufbau angedeihen zu lassen[20]. Die Volkstumsforscher nutzten vielmehr die sozioökonomisch sich verschlechternde Lage der zumeist deutschstämmigen Agrarbevölkerung aus. Sie lenkten von einer deutschen ökonomischen Penetration der betroffenen Staaten ab, indem sie die soziale Verelendung als ethnisch eingesetzte Innenpolitik den jeweiligen Regierungen in Südosteuropa anlastete. Mittels dieser Folgerung konnten sie schließlich ihr ethnopolitisches Programm begründen, das eindeutig auf eine Destabilisierung der inneren Verhältnisse dieser 'jungen' Staaten während der Weltwirtschaftskrise hinauslaufen mußte. Mit der Reklamation eines Volksgruppenrechts, welches der deutschen Minderheit eine Sonderstellung einräumen sollte, wurde das Staatsbürgerrecht ausgehöhlt und der Einfluß des Deutschen Reiches als Vertreter der jeweiligen Volksgruppe gestärkt.

Antisemitische Äußerungen unter den Volkstumsforschern waren kein Einzelfall, sondern der Deutschtumsideologie durch die Dissimilation der jüdischen Bevölkerung inhärent. Dies bedarf einer Ergänzung, da sich die Deutschtumsideologen immer wieder der Verantwortung ihres Beitrages zum NS dadurch zu entziehen wußten, als sie ihre jungkonservativen Wurzeln bereits in die Weimarer Republik und teilweise bis ins Kaiserreich zurück verlegen konnten. Aufgrund der vorliegenden Institutionsanalyse läßt sich jedoch leicht nachweisen, daß viele Volkstumsforscher an der NS-Bevölkerungspolitik mitarbeiteten. Beispielhaft soll das Gründungsmitglied der SODFG und Leiter der Rechtsabteilung der Ostland-Wien, NSDAP-Landesleitung für Österreich angeführt werden. Dem Juristen, Völkerrechtler und Volkskundler Norbert Gürke kam neben seinem Kollegen Karl Gottfried Hugelmann die unrühmliche Rolle zu, bereits 1932 den Ausschluß der jüdischen Bevölkerung aus der deutschen Volksgemeinschaft juristisch begründet zu haben: «Da aber die Menschen jüdischen Blutes nicht fähig sind, in welcher Stellung auch immer, dem deutschen Volke gemäße Werte zu schaffen, können sie – entsprechend dem Staatsgrundgesetze, das die Einordnung in den Staat nur über die Arbeitsleistung vornimmt – nicht zu Mitträgern des Dritten Reiches werden». In der Zeitschrift «Nation und Staat», der Vorläuferin von «Europa Ethnica», die

[20] BAK, R57neu/1090-23, Jahresbericht der SODFG 1933/34, S. 1.

zu dem Zeitpunkt schon von Vertretern der VFG kontrolliert wurde, setzte sich Gürke zudem für ein NS-Minderheitenrecht ein, das wenig später durchgesetzte deutsche Volksgruppenrecht, welches sich ausdrücklich gegen den westeuropäischen, demokratischen Nationsbegriff richtete. Gürke nahm damit die Arbeit des Ausschusses für Nationalitätenrecht der Akademie für Deutsches Recht vorweg, den er ebenfalls mit anderen Mitgliedern der VFG dominierte. Dieser Ausschuß führte die juristische Nomenklatur des Volksgruppenrechts durch[21].

Mit dem 1937 einsetzenden Kurswechsel der NS-Außenpolitik erfuhr die SODFG eine deutliche Aufwertung, was sich nicht allein im Etat niederschlug. Die völkischen Wissenschaftler Österreichs schalteten sich aktiv in die bereits erwähnten Propagandakampagnen zum Anschluß ihres Landes an das Deutsche Reich ein, indem sie – übrigens wie auch die Kollegen der AFG in Innsbruck – Personal für Propagandasendungen und -vorträge bereitstellten. Die Chance, die Verfahren ihrer angewandten Wissenschaft zum Einsatz zu bringen, erhielten die Historiker und Geographen des «Volkstums» schließlich im Zuge der Verwaltungsneugliederung Österreichs in sieben Gaue; es war dies die erste Zerschlagung bestehender räumlicher Strukturen durch die NS-Planungsexperten und die Ersetzung des Namen «Österreich» durch den Begriff «Ostmark».

5. *Südostforschung unter Kriegsbedingungen*

Als der zweite Vorsitzende der SODFG, der Historiker Hans Hirsch 1940 starb, hinterließ er seinem Nachfolger Otto Brunner einen funktionierenden Forschungsapparat, der sich unter den Nationalsozialisten bewährt hatte. Ebenso wie Hassinger und Hirsch intendierte Otto Brunner ein instrumentelles Wissenschaftsverständnis. Ihm ging es um die Generierung neuer bevölkerungs- und raumkundlicher Verfahren, um die ethnische «Neuordnung» Europas vorzubereiten. Die führende Rolle, welche die SODFG auf dem Gebiet der nationalsozialistischen «Volkstums»-Politik erwarb, betraf vor allem die Erfassung und Kartierung zunächst der deutschen Minderheiten, die später im Gefolge der «Neuordnung» Europas als bevölkerungspolitischer Aktivposten zur Auffüllung des annektierten deutschen «Lebensraumes» benutzt werden sollten. Des weiteren wurden thematische Karten für die ethnische Trennung der Bevölkerung Südost-

[21] N. GÜRKE, *Der Nationalsozialismus, das Grenz- und Auslanddeutschtum und das Nationalitätenrecht*, in «Nation und Staat», 6, 1932, 10, S. 7-31, hier S. 21.

europas benötigt. So lieferte beispielsweise der Geograph Hugo Hassinger nach der Besetzung Polens eine Denkschrift zur Umsiedlung der Südtiroler in den dafür vorgesehenen und von polnischen Einwohnern zu räumenden Beskidengau bei Krakau. Ferner beteiligte er sich als Spezialist für Bevölkerungsverhältnisse an den Vorbereitungen des Wiener Schiedsspruches 1940, durch den eine Korrektur der Friedensverträge in Südosteuropa erfolgen sollte.

Heinrich Himmlers Strategie ab Februar 1940, «absolute Ruhe» auf dem Balkan zu wahren, bewährte sich[22]. Die Befriedung der Region vor der Eroberung stand dabei im Vordergrund. Neben der Sicherung der deutschen Erdölversorgung waren beträchtliche Gebietsabtretungen zentraler Bestandteil der deutschen Interessenpolitik. Mitglieder der VFG hatten in der Vorbereitungszeit des Zweiten Wiener Schiedsspruchs wiederholt ihre Dienste geleistet. An der Abtretung Siebenbürgens von Rumänien an Ungarn waren die Volkstumsexperten unter der Leitung Karl Christian Loeschs in einer Fachkommission, die Ribbentrop gebildet hatte, beteiligt. Ziel des Wiener Schiedsspruches war es, die Stellung der deutschen Volksgruppe in Ungarn zu stärken. Der Wiener Rechtshistoriker Karl Gottfried Hugelmann legitimierte 1941 das Volksgruppenrecht, das dem Schiedsspruch zugrundelag, demzufolge die Volksdeutschen «Träger des deutschen Reichsgedankens» seien: Deutschland habe nunmehr als Schutzmacht für die dortigen Deutschen einzutreten[23].

Die SODFG verbuchte laut ihrem Leiter Otto Brunner als Erfolg, die Kooperation mit nichtdeutschen Kreisen auch «in kritischen Zeiten» – also nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 bis knapp vor Ausbruch des Balkankrieges – aufrecht zu erhalten. Dies bedingte eine enge Zusammenarbeit mit dem Geographischen Dienst des AA, der 1940 in der Abteilung Deutschland gegründet worden war. Ferner existierte eine Kooperation mit den Gauverbänden des VDA in Wien und Niederdonau. Weitere Arbeitsverbindungen bestanden zur Vomi, zu den Dienststellen des RKFDV, zu verschiedenen Wehrmachtsdienststellen, für die vermehrt seit 1942 Nachschlagewerke erarbeitet wurden. Für die zahlreichen Dienststellen der Partei, es seien nur die Parteiamtliche Prüfungskommission zum

[22] Rede Himmlers vor Gauleitern und Parteifunktionären am 29.2.1940, zitiert in L. Tilkovszky, *Ungarn und die deutsche «Volksgruppenpolitik» 1938-1945*, Budapest 1981, S. 73.

[23] Diese Kommission war für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Nationalitätenverhältnisse und die Grenzziehung zuständig, vgl. L. Tilkovszky, *Ungarn*, S. 91 und 254 mit Vertragstext S. 95 ff.

Schutze des NS-Schrifttums und das Gaupropagandaamt in Wien genannt, wurden laufend Gutachten und Stellungnahmen über die Südostliteratur erstellt.

Eine Kooperation fand mit der Vomi und deren Umsiedlungskommandos der Bessarabiendeutschen statt, für die eine Sonderausfertigung der Volkstumskarten erstellt wurde, sowie mit der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Berlin. Der Mitarbeiter der Publikationsstelle Wien, Alfred Karasek, wurde zum Gebietsbevollmächtigten für die Umsiedlungsaktion der Deutschstämmigen in Wolhynien ernannt[24]. Umfangreiche Übersetzungsarbeiten und weitere Dienstleistungen für Parteistellen fielen an[25].

Bis 1941 war somit dem Vorstand der SODFG gelungen, einen wissenschaftlichen Nachrichtendienst zur Beschaffung und Aufbereitung von Informationen – ähnlich der Publikationsstelle Berlin-Dahlem – aufzubauen. Dabei wurden nicht nur die zuständigen Referenten für «Volkstumspolitik» im RMdI und dem AA, sondern auch die SS und die «Führer» der deutschen Minderheiten in Südosteuropa eingebunden.

Anläßlich der Jubiläumsfeier zum zehnjährigen Bestehen der SODFG, die am 17. und 18. März 1941 im Rahmen einer Geheimtagung in Wien begangen wurde, definierte Brunner die künftigen Arbeitsbereiche. An der Tagung nahmen sowohl die beteiligten Ressortvertreter der Ministerien und der Vomi, Ferdinand Goeken, Werner Essen und Felix Kraus als auch die Vertreter der Volksgruppenführung, Franz Basch, Franz Karmasin und Andreas Schmidt teil, sowie die Mitarbeiter der SODFG aus Ungarn, Johann Weidlein und Irma Steinsch, aus der Slowakei, Dr. Friedl, Karl Hauskrecht und Dr. Repp, aus Rumänien, Rudolf Spek, und aus Südslawien, Anton Lehmann, der zugleich den Volksgruppenführer vertrat. Die Richtlinien beinhalteten:

– die Ermittlung des «blutsmäßigen germanisch-deutschen Anteils» an der Bevölkerung in Südosteuropa und die Wiederbelebung des «Bewußtsein[s] der verlorenen Siedlungsbrücken» des mittelalterlichen Siedlungsraumes;

[24] PAAA, R60296, Jahresbericht der SODFG 1939/40, Bl. E63427, sowie Archiv der Republik Wien (künftig: ARW) Süd-Ost-Europa-Gesellschaft (künftig: SOEG) Karton 57, Hassinger/Kaufmann vom 12.11.1940 und Kaufmann/Hassinger vom 4.12.1940. Vgl. dazu auch W. FIELITZ, *Das Stereotyp*.

[25] Geheimes Staatsarchiv Dahlem, Rep. 178 VII/3A1, Bd. 3, Jahresbericht 1940/41, O. Brunner, Bl. 311-320, sowie ebd., Bd. 4, Jahresbericht 1941/42, W. Krallert, O. Brunner, S. 5.

- die Widerlegung der These ungarischer Wissenschaftler, wonach die «natürlichen Grenzen des Donau-Karpatenraumes» entlang des Karpatenhauptkammes verlaufen würde;
- den historiographischen Nachweis, daß es homogene ethnische und territoriale Einheiten im Südosten gegeben habe;
- die Belegung der Existenz der «Volksgruppen», indem nicht mehr nur die Sprache als ausschlaggebendes Merkmal heranzuziehen sei, sondern auch ihre Herkunft;
- die «Immunisierung der deutschen Volksgruppen gegen die geistige Beeinflussung durch fremde Staatsideen», und schließlich
- die Begründung einer deutschen kulturellen Hegemonie über die Kleinvölker Südosteuropas[26].

Damit drückte Otto Brunner die Direktive der neuen bevölkerungspolitischen Arbeit aus, an der Germanisierung des deutschen «Lebensraumes» teilzunehmen, also die sogenannte «Fahndung nach deutschem Blut» einzuleiten. Allerdings standen schon bald nicht mehr allein die «Volksdeutschen» im Interesse der Forschung, sondern alle Bevölkerungsgruppen, die entweder zum Objekt der nationalsozialistischen Großraumpolitik werden sollten oder zur Deportation ausgewiesen waren. An der Jubiläumstagung nahm Ernst Kaltenbrunner teil, der zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär für das Sicherheitswesen und Höherer SS- und Polizeiführer Wien war und später Chef der Sipo und des SD des RSHA werden sollte. Ferner entsandte die Gauleitung Wien und Niederdonau die SS-Brigadeführer Karl Scharizer und Karl Gerland[27]. Die österreichische SS-Führung wußte, was sie ihren Volkstumswissenschaftlern zu verdanken hatten, zumal die Vorbereitungen für den wenige Wochen später erfolgenden Überfall auf Jugoslawien auf vollen Touren liefen.

Selbstverständlich nahm die Publikationsstelle Wien an den umfangreichen Aktionen zur Erbeutung von Akten und Kulturgütern teil. Unter Leitung

[26] ARW, SOEG Karton 58, Aktenvermerk F. Kraus' über die 10-Jahrestagung der SODFG am 17./18.3.1941.

[27] Der Führer der österreichischen SS, E. Kaltenbrunner, war sofort mit der Annexion Österreichs von H. Himmler zum Leiter der Polizei ernannt worden. Vgl. W. NEUGEBAUER, *Das NS-Terrorsystem*, in E. TALOS - E. HANISCH - W. NEUGEBAUER (edd), *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*, Wien 1988, S. 163-184. Zur Rolle K. Gerlands bei der Germanisierung des tschechischen Volkes, er legitimierte die Zerstörung des Dorfes Liditz bei Kladno, vgl. H. KADEN, *Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945)*, Berlin 1988, S. 189 f.

Wilfried Krallerts requirierte das SS-Sonderkommando Künsberg, welches noch dem AA unterstand, kurz nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Jugoslawien eine Reihe von Schlüsseldokumenten in Belgrad, u.a. nicht veröffentlichte Bevölkerungsstatistiken der jugoslawischen Volkszählung von 1931. Allein das Vorgehen war hoch organisiert. Die Luftwaffe war angewiesen worden, weder das Geographische und das Militärgeographische Institut noch das im Innenministerium untergebrachte Statistische Amt zu bombardieren. Am 17. April konnte das Militärgeographische Institut vollständig ausgeräumt werden. Dabei wurden mehrere LKW-Ladungen an Kartenmaterial und landeskundlichen Büchern beschlagnahmt. Darunter waren auch die bis dahin nicht im Besitz der Deutschen befindlichen Karten im Maßstab 1:50.000 sowie die neugedruckten, gerade zum Versand abgepackten topographischen Karten Jugoslawiens im Maßstab 1:25.000[28]. Diese Beutebestände wurden durch Mitarbeiter der P-Stelle Wien nach Ländergruppen vorsortiert und umgehend in ethnographische Karten umgesetzt. Das Material wurde benötigt, um die Ausbeutung und Zerschlagung des jugoslawischen Staates in die Wege zu leiten.

Die P-Stelle Wien war zudem an den Grenzziehungsverhandlungen und den Planungen zur ethnischen Segregation in Ost- und Südosteuropa beteiligt gewesen[29]. Dies soll im folgenden an vier Beispielen ausgeführt werden:

Erstens nahm der Leiter der Publikationsstelle Wien, SS-Hauptsturmführer Wilfried Krallert, unmittelbar nach seinem Einsatz mit dem Sonderkommando Künsberg in Belgrad als Experte an den fraglichen Sitzungen vom 18. und 19. April 1941 in Wien teil, auf der die Grenzziehungsverhandlungen mit Italien vorbereitet und die Grundlinien der «Volkstumspolitik» für Jugoslawien festgelegt wurden. Wilfried Krallert wurde am 18. April 1941 von seinem Einsatz in Belgrad nach Wien zurückgeflogen, um den für Grenzziehungs- und Volkstumsfragen zuständigen Staatssekretär des RMdI, Wilhelm Stuckart, zu beraten[30]. Die Vorschläge zur Sicherung von Deutschtumsinteressen in Jugoslawien wurden am 18. April in eigens dafür einge-

[28] PAAA, R27531, Bericht Krallerts über den Einsatz in Belgrad vom 3.5.1941, sowie Befehl für Einsatztrupp Stettin vom 5.4.1941.

[29] Hans-Ulrich Wehler hatte eine Zusammenarbeit bestritten. Vgl. H.-U. WEHLER, *Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918-1978*, Göttingen 1980, S. 53 und 131.

[30] Vgl. PAAA, R27531, Bericht W. Krallerts und V. Paulsens über die Tätigkeit im Rahmen des Einsatzkommandos des Auswärtigen Amtes vom 3.5.1941, S. 9.

richteten Unterausschüssen behandelt: einer für Wirtschaftsfragen, ein zweiter für Volkstumsfragen. Den Unterausschuß für Volkstumsfragen leitete am nächsten Vormittag Staatssekretär Stuckart. Die ersten Ergebnisse leitete Stuckart unverzüglich an Reichsinnenminister Frick weiter[31]. Die Unterlagen enthielten Anlagen über Einzelthesen über die deutschen Volksgruppen im ehemaligen Jugoslawien, Ungarn, Kroatien und Italien. Die Ergebnisse dieser Besprechung wurden im RMdI in den folgenden Wochen zur *Denkschrift über die Lage und das zukünftige Schicksal des Deutschtums im ehemaligen jugoslawischen Staatsgebiet* ausgearbeitet und am 15. Juli 1941 dem AA zugesandt. Grundsätzliche Fragen der Denkschrift, so führte Stuckart aus, seien mit dem RKFDV und dem AA in den Wiener Besprechungen abgestimmt worden[32]. Nach dem von Stuckart intendierten und schließlich gescheiterten Plan zur Gründung der «Reichsfestung Belgrad» wollte er den Jugoslawiendeutschen auch eine doppelte Staatsbürgerschaft zuerkennen. Die Denkschrift enthält darüber hinaus eine Fülle von historisch-geographischen wie geopolitischen Argumenten zur Neuordnung des Südostraumes, die durchaus die Urheberschaft bei den Leitern der SODFG, Hugo Hassinger, Otto Brunner oder bei Wilfried Krallert vermuten läßt[33]. Die SODFG unterstützte die Pläne des Volksgruppenführers Janko, die deutschstämmige Bevölkerung im Land zu belassen und die Gründung eines autonomen deutschen Gebiets um Belgrad zu fördern. Die historisch untermauerte Legitimation für den Gau zielte darauf ab, die durch Prinz Eugen angeregte Ansiedlung von Deutschen entlang der österreichischen Militärgrenze wieder aufzunehmen. Eine Analogie zu den Wehrbauerndörfern der SS-Planungen im Ostland ist unübersehbar[34].

Zweitens trug die P-Stelle Wien mit ihrem ethnopolitischen Know-how massgeblich zu einer systematischen Erfassung der Ethnien Südosteuropas bei. In einer demographischen Studie der P-Stelle Wien erschien *Die*

[31] *Ibidem*, Aktennotiz H. Triska, vom 21.4.1941, sowie PAAA, Inl. IIg, 251, Mikrofiche-Nr. 2419, Blatt C8-C11, Stuckart/Reichsminister des Innern.

[32] PAAA, Inl. IIg, 253, Mikrofiche-Nr. 2423, Blatt F8, Vermerk von Schmieden.

[33] H.-U. WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, S. 53 ff. und 131, sowie DERS., *«Reichsfestung Belgrad». Nationalsozialistische «Raumordnung» in Südosteuropa*, in «Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte», 11, 1963, S. 72-84.

[34] Die Umsiedlungspläne der SS von deutschen Bevölkerungsgruppen aus Kroatien stießen auf den Widerstand der Vomi und des Auswärtigen Amtes in Anspielung auf die Verwirklichung der alten österreichischen Militärgrenze als neue Grenze Großdeutschlands. Vgl. auch H.-U. WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, S. 52 ff. und 71. Dieser Vorgang bedarf m.E. eingehender Erforschung, da er noch nicht hinreichend im Kontext mit den Großraumplanungen der Universität Wien untersucht worden ist.

Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession. Diese Studie, die in den *Schriften der P-Stelle Wien nur für den Dienstgebrauch* erschien, beruhte auf dem Ergebnis des Einsatzes des Sonderkommandos Künsberg in Belgrad. Die Grundlage war die erbeutete jugoslawische Bevölkerungsstatistik. Sie ermöglichte die Zuordnung der Personen nach griechisch-orthodoxen Serben, römisch-katholischen Kroaten und muslimischen Bosniaken. Weitere Merkmalskombinationen unter staatlichen wie «völkischen» Gesichtspunkten wurden ausgearbeitet. Da die Volkszählung von 1931 auch Konfession und Muttersprache erfaßt hatte, aber nur teilweise vom jugoslawischen Staat veröffentlicht worden war, maßen ihr die Volkstumsforscher besondere Bedeutung zu. Die P-Stelle Wien publizierte sie schließlich vollständig 1941 in Form von ethnographischen Karten und erst 1943, nach der Ermordung der Juden, offiziell als Statistik[35]. Wie problematisch die unreflektierte Übernahme der unter den Nazis herausgegebenen Statistiken für die Interpretation in der Nachkriegszeit – z.B. in der *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa* – sein kann, soll nachfolgend erläutert werden.

Die Statistik für 1931 differenzierte die jugoslawische Bevölkerung von 14 Mio. Menschen in 14 verschiedene Sprachen (siehe Tabelle). Von rund 0,5 Mio. Deutschen wurden aufgrund der Angabe zur Religion 10.000 Personen jüdischen Glaubens ausgewiesen, ferner wurden 18.000 Juden und etwa 70.000 Sinti und Roma beziffert. D.h. statistisch wurden die Juden erst aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit ermittelt und dann in der Nationalitätenstatistik separat ausgewiesen. Dort sind allerdings für 1931 neben etwa 10.000 deutschstämmigen Juden nur etwa 18.000 jugoslawische Juden ausgewiesen. Nach Hans-Ulrich Wehler wurden 1942/43 ca. 32.000 Juden in Jugoslawien ermordet. Wehler stützt sich auf die hier wiedergegebene, von der P-Stelle Wien 1943 herausgegebene Volkszählungsstatistik. Hier liegt ganz offenbar eine Verfälschung der jugoslawischen Bevölkerungsstatistik durch die P-Stelle Wien vor, die nach der Beendigung der Judenvernichtung durch die SS und Wehrmacht in Jugoslawien im Mai 1942 die Zahl der Juden bewußt reduziert hatte[36].

[35] Vgl. H.-U. WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, S. 9 ff. Die Bevölkerungsstatistik der P-Stelle Wien befindet sich in ebd., S. 107. Die Angaben Wehlers entstammen zum überwiegenden Teil der 1961 erschienenen *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa,* Bd. 5: *Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien*, München Reprint 1984, S. 3E-50E.

[36] Laut Wehler lebten 1931 aber etwa 68.000 Juden in Jugoslawien. Allerdings ist die von Wehler aufgrund dieser Statistik angenommene Zahl jüdischer Bewohner eindeutig

Tabelle: *Bevölkerung Jugoslawiens 1931 nach Ethnien*

Muttersprache	Banat	Batschka	Baranja	(Ost)-Syrmien	Kroatien, Slawonien	Slowenien	Stadt Belgrad	Bosnien Herzog.	übrige Gebiete	Summe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Deutsche	120.450	173.058	15.751	49.345	80.519	28.998	10.471	15.500	5.877	499.969
davon Juden	(1.874)	(3.282)	(69)	(539)	(2.788)	(165)	(653)	(521)	(135)	(10.026)
Serbokroat.	273.573	284.370	21.547	229.929	2.483.679	24.136	195.264	2.259.010	4.959.315	10.730.823
Slowenisch	875	1.442	190	1.348	34.765	1.077.679	5.650	4.465	8.996	1.135.410
Albanisch	218	361	2	61	736	271	956	895	501.759	505.259
Madjarisch	95.760	269.141	13.973	12.846	54.758	7.961	5.792	2.956	4.998	468.185
Rumänisch	62.284	987	587	251	382	41	1.044	1.363	70.939	137.879
Türkisch	91	122	2	45	163	36	740	180	131.545	132.924
Slowakisch	17.884	34.236	71	14.959	7.083	104	1.151	477	446	76.411
Zigeunerisch	4.678	2.041	273	1.993	14.284	515	438	1.812	44.390	70.424
Tschechisch	2.429	920	97	618	36.647	2.282	2.406	4.712	2.798	52.909
Russisch	3.566	3.439	245	1.616	4.156	1.352	9.803	3.325	8.829	36.333
Ukrainisch	48	12.133	9	2.866	4.226	30	95	8.191	83	27.681
Jüdisch	206	1.985	21	194	185	3	2.362	4.747	8.341	18.044
Andere	3.487	661	78	373	9.376	890	2.603	15.922	8.397	41.787
insgesamt	585.549	784.896	52.846	316.444	2.730.962	1.144.298	238.775	2.323.555	5.756.713	13.934.038

Zusammengestellt nach: *Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession, nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931*, bearb. und hrsg. von der Publikationsstelle Wien 1943. Die Zahlen der Gebiete wurden aus den Tabellen der Bezirke ermittelt.

Viele der von der P-Stelle Wien herausgegebenen Karten enthielten Angaben über Ethnien und Religionszugehörigkeit. Es ist damit aufgrund der Forschungslage über die Ermordung der Juden auf dem Balkan nicht mehr auszuschließen, daß solche Bevölkerungskarten den Einsatzkommandos als Hilfsmittel dazu dienten, ihre Erschießungen systematisch vorzubereiten. Darauf deuten auch weitere bevölkerungsstatistische Beiträge hin.

Als drittes Beispiel für die unmittelbare Kooperation zwischen der SS und P-Stelle Wien soll der Kontakt Wilfried Krallerts zu dem antisemitischen Bevölkerungsstatistiker Sabin Manuila erwähnt werden: Ein Artikel des Generaldirektors des rumänischen statistischen Zentralamtes in Bukarest, des Arztes Sabin Manuila (1894-1964), der eine Auswertung der Volkszählung Rumäniens 1941 in der Zeitschrift «Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung» veröffentlichte, wies die «Güte» der neuen, unter Mithilfe des Deutschen Statistischen Reichsamtes durchgeführten Statistik Rumäniens nach. Manuila bezifferte die Anzahl von Juden in Rumänien entgegen verschiedentlichen Behauptungen mit nur ca. 0,8 Mio. Personen. Jedoch stellte er klar, daß nicht die Quantität, sondern die «Qualität der Juden» für die wirtschaftliche Analyse zu beachten sei. Mittels der Sozial- und Wirtschaftsstatistik belegte Manuila weiter, daß die «jüdische Frage in Rumänien ein qualitatives und kein quantitatives Problem» sei[37]. Dies verdeutlichte er, indem er die regionale Bevölkerungsverteilung der jüdischen Einwohner in Großrumänien darstellte, die in den nördlichen Landesteilen lebten, welche infolge des Zweiten Wiener Schiedsspruchs an Ungarn abgetreten wurden und mit sozioökonomischen Merkmalen korrelierte. Manuila kam zu dem Ergebnis, daß unter «Judenproblem» die Dominanz des Besitzeigentums von Handel, Banken und Industrie zu verstehen sei. Die Enteignung des jüdischen Besitzes begann am 27. März 1941.

zu gering: Nach Martin Seckendorf starben von den 1941 in Jugoslawien lebenden 71.000 Juden mindestens 60.000. Auch Raul Hilberg weist deutlich höhere Zahlen für das ehemalige Jugoslawien aus. Es verbleibt demnach eine Differenz von rund 40.000 Juden, die in der Statistik der P-Stelle Wien 'fehlen'. Möglicherweise wurden diese unter der Kategorie «Andere» geführt. Vgl. H.U. WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, S. 70 f. und 149; M. SECKENDORF, *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945)*, Berlin - Heidelberg 1992, S. 48, sowie R. HILBERG, *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982, S. 487 und 710. Zur Judenvernichtung in Jugoslawien vgl. W. MANOSCHEK, *«Serbien ist judenfrei». Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42*, München 1993.

[37] S. MANUILA, *Das Judenproblem in Rumänien zahlenmäßig gesehen*, in «DALV», 5, 1941, S. 607 f. Vgl. zu Manuila den apologetischen Nachruf von C. SPOREA, *Sabin Manuila (1894-1964)*, in «Südost-Forschungen», 25, 1966, S. 404.

Die Vernichtung der rumänischen Juden begann mit dem Russlandfeldzug[38].

Weitere Daten, die im Anschluß an die Zählungen in Rumänien und Bessarabien 1942 in Transnistrien aufgenommen wurden, bereitete die P-Stelle Wien für die Stadt Odessa und Transnistrien auf. Ganz offenbar bediente sich das RSHA der statistischen Erhebungen, die von den einheimischen Behörden durchgeführt worden waren, da Wilfried Krallert um höchste Geheimhaltung der Daten bat. Er befürchtete, sonst von den rumänischen Behörden keine weiteren Daten mehr auf diesem informellen 'Dienstweg' zu erhalten. Von Bedeutung waren auch die durch die Vermittlung des deutschen Gesandten in Bukarest erhaltenen Daten der Erhebungen der rumänischen Judenzentrale über die «zahlen- und besitzmäßige Entwicklung» zwischen 1930 und 1942. Mittels dieser Daten wurde das planerische Instrumentarium für die weitere Bevölkerungs- und Arisierungspolitik geschaffen. Entscheidend war, daß Krallert bei der Durchführung der bevölkerungspolitischen Planungsarbeiten mit der Unterstützung der jeweiligen Staaten rechnen konnte, um die für die deutsche Besatzung notwendigen Daten z.B. für den Reichskommissar Ukraine extrahieren zu können. Im Sommer 1942 fanden zwischen Bug und Dnjepr weitere rumänische Zählungen statt[39].

Viertens: Die Kooperation der Publikationsstelle Wien mit den Sondereinsatzkommandos der SS erreichte ihren traurigen Höhepunkt in Rußland zwischen Juli 1941 und 1944. Dabei kam es zu einer Arbeitsteilung zwischen dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, den Sondereinsatzkommandos der Waffen-SS und der Publikationsstelle Wien. Deren Arbeit konzentrierte sich vor allem auf die Sammlung und Verarbeitung von Informationen für die politische und militärische Führung.

Eine Aktion, an der Mitarbeiter der Publikationsstelle Wien 1944 beteiligt waren, sollte sich auf die Sicherstellung jener Bücherbestände der jüdischen Buchhandlungen und Antiquariate in Budapest richten, die für die Forschungsinstitute der SS relevante Literatur enthielten. Die Eigentümer sollten wegen Besitzes antideutschen Propagandamaterials festgenommen

[38] Zur Judenpolitik in Rumänien vgl. M. BROSZAT, *Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik*, in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1958, S. 102-183. Broszat hebt hervor, daß der Reichsstatistiker Friedrich Burgdörfer in der fraglichen Zeit 1941 während der Volkszählung in Rumänien anwesend war. Er schließt seinen Einfluß auch auf die weitere Judenpolitik nicht aus. Vgl. auch R. HILBERG, *Vernichtung*, S. 515-540.

[39] BAP, Film Nr. 15219 Inl. II 849g, Krallert/Reichel vom 5.4.1943, Bl. D652927 ff.

und der Gestapo ausgeliefert werden. Die Planung dieser Aktion lag ganz und gar in den Händen von Wilfried Krallert, also der SODFG. Zur Vorabklärung dieser Aufgabe mit der ungarischen Staatspolizei, führte er Gespräche in Budapest mit dem Staatssekretär des Inneren, László Baky, und mit Reg.Rat Peter Hain. Am 5. Mai 1944 konnte eine «schlagartige Aktion» gegen die etwa 150 jüdischen Buchhandlungen und Antiquariate durchgeführt werden. Die Durchsuchung der Buchhandlungen erfolgte nur für ein Wochenende. Als Vorwand diente der Vorwurf des Besitzes staatsfeindlichen Materials. Die Aktion wurde um so gründlicher vorbereitet, «weil im Sinne der geplanten Gesamtlösung der Judenfrage in Ungarn zunächst die jüdischen Geschäfte in Budapest selbst noch nicht angetastet werden dürfen und eine vorweg durchgeführte dauernde Schließung der Buchhandlungen starke Beunruhigung sowie Interventionen beim Innenminister und bei Horthy auslösen könnten». Diese Befürchtung Krallerts wurde angesichts des Ausmaßes der SS-Aktionen in Budapest allerdings hinfällig. Für die dreieinhalb Tage dauernde Aktion wurden die für das RSHA VI G 30 bis 50 wichtigsten Geschäfte ausgewählt. «Die ganze Aktion bedeutet für [das RSHA] VI G die einmalige Gelegenheit, in einem durch ein außerordentlich hoch entwickeltes Buchhandels- und Antiquariatswesen bekannten Lande, dieses Material zu durchsuchen und für die Institute in die Hand zu bekommen»[40]. Zum Einsatz kamen sechs Kommandos unter Führung je eines Angehörigen des RSHA VI G, die orts- und sachkundige Personen leiteten. Diese rekrutierten sich auch aus der P-Stelle Wien. An der Aktion nahmen neben SS-Hauptsturmführer Wilfried Krallert seine Frau Gertrud Krallert (SODFG) und sein Bruder, SS-Untersturmführer Reinhold Krallert, teil. Ferner waren beteiligt: SS-Sturmbannführer Fesel, SS-Obersturmführer Alfred Karasek (SODFG), SS-Obersturmführer Leo und SS-Obersturmführer Hachmeister sowie Katharina Klaftenegger und Irma Steinsch, beide von der P-Stelle Wien. Das AA in Berlin war durch den ehemaligen Leiter des Volktumsreferates, Helmut Triska, vertreten, der zu dem Zeitpunkt in Budapest als Kulturattaché tätig war. Als Unterkunft der Einsatzkommandos dienten die Hotels Carlton oder Gellert. Die Volksgruppenführung in Ungarn, die neben der SS auch von der Arisierung jüdischen Eigentums profitierte, wurde verständigt und hatte durch die

[40] BAP, Film Nr. 2431, Aktenvermerke W. Krallert vom 22. und 23.4.1944, Aufn. Nr. 971616-620, sowie BAP, Film Nr. 2704, W. Krallert/Schellenberg vom 15.3.1945, Aufn. Nr. 2990368 f. Vgl. auch BAP, Film Nr. 2694, Paulsen/Krallert vom 27.4.1944, Aufn. Nr. 2974238 f. Das Zentrum der Einsatzkommandos befand sich im Hotel Astoria, vgl. R. BRAHAM, *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, 2 Bde., New York 1993, S. 516. Zur Rolle der Führung der deutschen Volksgruppe in Ungarn vgl. L. TILKOVSZKY, *Ungarn*, S. 302 und 322.

Mitarbeiterin der SODFG, Irma Steinsch, etwa drei Mitarbeiterinnen zu stellen.

Was war der Nutzen dieser Aktion? Nach der Darstellung von Wilfried Krallerts Bruder Reinhold wurden nach vorbereiteten Listen zur Hauptsache jüdische Autoren wie z.B. Heinrich Heine und Märchenbücher eines jüdischen Herausgebers aussortiert. Größere Mengen wissenschaftlicher Literatur – wie ursprünglich von Krallert angenommen – befanden sich offenbar nicht darunter. Die aussortierten Bücher wurden unter Aufsicht von Reinhold Krallert wenige Tage später aus den Buchhandlungen auf drei Lkw verladen und in ein Depot am Sonnberg (Naphegy) transportiert. Ein Teil der gestohlenen Bücher wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von Prag nach Budapest zurückgesandt[41].

Dank der «umsichtigen Arbeitsweise» Reinhold Krallerts im Einsatzkommando erbeutete das RSHA VI G «erhebliche Materialfunde in den badoglio-italienischen und polnischen Dienststellen Budapests». Mit «großem Erfolg» leitete er ferner die «ertragreiche Aktion gegen die jüdischen Buchhandlungen in Budapest»[42]. Zweifelsohne richtete sich der Schlag des SD auch gegen die italienische Botschaft der Regierung Badoglios. Darüber hinaus hatte Reinhold Krallert einen Kalender mit über 20 Anschriften von polnischen Exilorganisationen in Großbritannien gefunden, deren Flugschriften umgehend von der P-Stelle Dahlem übersetzt und vom SD ausgewertet wurden[43].

Die skrupellose Planung durch den Leiter der P-Stelle Wien und die Durchführung dieser Aktion beweist den Handlungsspielraum, über den die Volkstumsforscher verfügten. Schon am 30. April waren mit dem Dekret betreffend «des Schutzes des ungarischen intellektuellen Lebens vor den literatischen Werken jüdischer Autoren» von der ungarischen Regierung erste Maßnahmen gegen die jüdischen Buchhandlungen erlassen worden, die zum Verbot jüdischer Autoren führten. Diese Bücher wurden einge-

[41] Vgl. Schreiben R. Krallerts vom 6.4. 1997 an den Autoren, sowie Mitteilung Herrn Archivrat Szabolcs Szitas in Budapest vom 27.2. 1997.

[42] BAP, Film Nr. 2693, Aktenvermerk W. Krallert über R. Krallert betreffs Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse mit Schwertern o.D. Die Festnahme der Repräsentanten der Badoglio Regierung ist bei R. BRAHAM, *The Politics*, S. 511 dokumentiert.

[43] Vgl. BAP, Film Nr. 2431, Aktennotizen Krallerts vom 26.4. und 1.6.1944, Aufn. Nr. 971623-628; G. VOIGT, *Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843 bis 1945*, Berlin 1994, S. 278, sowie M. BURLEIGH, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988, S. 245 f.

zogen. Ausgenommen waren vorerst Büchereien und Buchhandlungen mit wissenschaftlichen jüdischen Werken. László Baky galt als «notorischer Antisemit». Beide Ansprechpartner Wilfried Krallerts waren servile Diener der SS. Seit dem 3. Mai waren sämtliche Häuser Budapests, die Juden gehörten, mit einem gelben Davidsstern gekennzeichnet[44]. In einem nächsten Schritt, so dokumentiert Randolph Braham, wurde von offizieller ungarischer Seite die Schließung aller im jüdischen Besitz befindlichen Buchhandlungen gefordert. Der Höhepunkt war die Bücherverbrennungsaktion am 16. Juni 1944 in Budapest, als annähernd 450.000 Bücher den Flammen zum Opfer fielen. Die koordinierte Aktion gegen die jüdischen Geschäfte in Budapest – von 30.000 Geschäften wurden 18.000 geschlossen, was zu empfindlichen Störungen der Budapester Wirtschaft führte – endete mit der Liquidierung der Geschäftsinhaber. Die Arisierung der jüdischen Geschäfte hatte allerdings schon im März 1944 unter der persönlichen Leitung des Chefs des RSHA, Ernst Kaltenbrunner, begonnen[45]. Zum Zeitpunkt der Bücheraktion erfolgte die Räumung der ersten Zonen mit jüdischer Bevölkerung. Die Deportierten wurden in Auschwitz ermordet. Es ist an diesem Beispiel eindeutig bewiesen, daß das RSHA VI G unter der Federführung Wilfried Krallerts mittelbar an der Vernichtung von Juden beteiligt gewesen ist und daß die Aktion mit ungarischen Kollaborateuren genauestens koordiniert wurde. Im Gegensatz zu den durch den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg erfolgten Aktionen in den anderen europäischen Ländern, deren Beutebestände in der Regel in Zwischenlagern gehortet wurden, eröffnete sich dem RSHA VI G die Möglichkeit, spezielle Südostliteratur sofort für seine Forschungsinstitute vereinnahmen zu können.

Der organisierte Kulturraub der Nationalsozialisten, an dem auch Volkstumsforscher beteiligt waren, war Baustein einer auf Ausbeutung und brutaler Herrschaft ausgerichteten Besatzungspolitik. Die gezielte Zerstörung des kulturellen Erbes war nicht nur ein völkerrechtswidriger Akt, sondern auch integraler Bestandteil der «Endlösung».

[44] L. Baky, der die ungarische Nationalsozialistische Partei wiedergründete, gilt als einer der Verantwortlichen für die Tragödie der ungarischen Juden. Zu P. Hain und L. Baky vgl. R. BRAHAM, *The Politics*, S. 424 f.; vgl. auch dort das Kapitel über die Budapester Juden *ibidem*, S. 850-860.

[45] Vgl. ausführlichst R. BRAHAM, *The Politics*, S. 528-542 und R. HILBERG, *Vernichtung*, S. 562. Ferner M. BROSZAT, *Das deutsch-ungarische Machtverhältnis nach dem 19.3.1944 und die antijüdischen Maßnahmen in Ungarn*, in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, S. 214-221.

6. *Fazit*

In den VFG waren renommierteste Wissenschaftler beteiligt. Der Landesgeschichtler Hermann Aubin, der Mediävist Albert Brackmann und der Sozialhistoriker Otto Brunner gehörten zu den damals bereits etablierten Historikern in der Ostforschung, während Theodor Schieder und Werner Conze zu den vielversprechenden deutschen Nachwuchswissenschaftlern zählten.

Die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft gehörte zu einem Netzwerk von sechs Forschungsgemeinschaften. Sie stellt einen unterschätzten Sektor der nationalsozialistischen «Volkstums-» und «Vernichtungspolitik» in Südosteuropa dar. Die SODFG übernahm in enger Rücksprache mit dem deutschen Auswärtigen Amt und den aus der Konkursmasse der Leipziger Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung zusammengeschlossenen völkischen Wissenschaftlern die Aufgabe, den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und die Revision der Pariser Vorortsverträge vorzubereiten. Ihr gehörte an leitender Stelle der Geograph Hugo Hassinger und die Historiker Hans Hirsch, Otto Brunner und Wilfried Krallert an.

Sie lieferte die Begleitforschungen für die Rechtfertigung des NS-Volksgruppenrechts, die Umsiedlungen der deutschen «Volksgruppen» und die sogenannte «Endlösung» der Judenfrage. Die 'Erfolgsstory' dieses Wissenschaftsbetriebes der SODFG ist um so bemerkenswerter, als es sich um die mit 1,2 Mio. RM ausgestattete, zweitgrößte Forschungsgemeinschaft innerhalb des Netzwerkes der VFG handelte. Den österreichischen, «volksdeutschen» Wissenschaftlern kamen zwischen 1933 und 1945 folgende Aufgaben zu: Sie wachten an den österreichischen Universitäten und Lehrstühlen über die Einhaltung der Zensurverordnungen des Reichsministerium des Innern und der selbstgesteckten Paradigmen; sie kontrollierten die Vergabe öffentlicher Mittel an Wissenschaftler innerhalb Österreichs durch Tagungen und Stipendien und lenkten die illegale Forschungsförderung der Vertreter der deutschen Minderheiten in den Anrainerstaaten des Deutschen Reiches; sie übernahmen nachrichtendienstliche Tätigkeiten, indem ständig Pressemeldungen und einzelne Artikel nichtdeutscher Wissenschaftler dieser Länder übersetzt wurden; sie erstellten landeskundliche Expertisen, kartographische Grundlagen oder Denkschriften, um Himmlers «Siedlungs»- und «Vernichtungspolitik» zu unterstützen.

Die Analyse der Funktionselite «Volkstumsforscher» zeigte ferner eine kooperative Zusammenarbeit von AA, RMdI und SS im Bereich der besetzten Länder, die im Widerspruch steht zu der von der Polykratiethese ver-

tetenen Konkurrenz dieser Ämter. Die Volkswissenschaftler verfügten über ein von den machtpolitischen Gipfelstürmen unabhängiges Informations- und Kooperationsnetz, mit dem sie in der Lage waren, auch konkurrierende Reichszentralen mit Informationen zu beliefern.

Die Tatsache ihrer Nähe zum NS-System und als Tathelfer für den Holocaust warf und wirft noch immer Fragen auf. Bereits geklärt sind die abschreckenden Rollen des Historikers Georg Leibbrandt, dem Vorgesetzten der Osteuropäischen Forschungsgemeinschaft – der besser bekannt ist als Vertreter des Ostministerium Rosenbergs an der Wannsee-Konferenz in Berlin im Januar 1942. Dessen Mitarbeiter, der Geograph Karl Stumpp, führte als Tathelfer in einer Spezialeinheit nicht nur ethnographische Feldstudien in der Ukraine für die deutsche Volksliste durch, sondern nach neuesten amerikanischen Erkenntnissen zählte er die Bevölkerung und war bei deren «ethnischen Säuberung» direkt involviert[46].

Unter dem Deckmantel der Deutschtumsforschung führten sie Bestandsaufnahmen der nichtdeutschen Bevölkerungen Südosteuropas durch oder sie unterstützten die Sonderkommandos der SS beim Kulturgutraub in den besetzten Gebieten. Darüber hinaus berieten die VFG die Besatzungsverwaltungen und unterstützten als Sachverständige die Einrichtung kulturpolitischer Abteilungen in den besetzten Ländern. Deshalb kann von einer mittelbaren Beteiligung der «volksdeutschen Wissenschaftler» am Völkermord an den europäischen Juden gesprochen werden.

[46] Vgl. hierzu M. FAHLBUSCH, *Wissenschaft*, S. 590-622; E.J. SCHMALTZ - S.D. SINNER, *The Nazi Ethnographic Research of Georg Leibbrandt and Karl Stumpp in the Ukraine, and Its North American Legacy*, in «Holocaust and Genocide Studies», 14, 2000, 1, S. 28-64; I. HAAR, *Deutsche «Ostforschung» und Antisemitismus*, in «Zeitschrift für Geschichtswissenschaft» 48, 2000, 6, S. 485-508; G. BOTSCH, *Geheime Ostforschung im SD. Zur Entstehungsgeschichte und Tätigkeit des Wannsee-Instituts 1935-1945*, in «Zeitschrift für Geschichtswissenschaft», 48, 2000, 6, S. 509-524.